


REGEL-QUERPROFIL

<u>Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes</u>	
1 Geltungsbereich	<u>Laut Plan</u>
2 Art der baulichen Nutzung (es gilt die Baunutzungsverordnung 1968 (BGBl. I S. 1237))	
2. 1 Baugebiet	
2.1.1 zulässige Anlagen	<u>Reines Wohngebiet</u>
	<u>Wohngebäude</u>
2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	<u>keine</u>
3 Maß der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	<u>Laut Plan</u>
3.2 Grundflächenzahl	<u>Laut Plan</u>
3.3 Geschoßflächenzahl	<u>Laut Plan</u>
3.4 Baumassenzahl	<u>Entfällt</u>
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	<u>Entfällt</u>
4 Bauweise	<u>Offene, nur Einzelhauser zulässig</u> 
5 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	<u>Laut Plan</u>
6 Stellung der baulichen Anlagen	<u>Laut Plan</u>
7 Mindestgröße der Baugrundstücke	<u>Entfällt</u>
8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Oberkante Fußboden Erdgeschoß über N.N.)	<u>Laut Straßenprojekt</u>
9 Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	<u>Laut Plan und innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche, außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind überdachte Stellplätze und Garagen nicht zulässig</u>
10 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	<u>Entfällt</u>
11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	<u>Entfällt</u>
12 Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	<u>Ges. Geltungsbereich</u>
13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt sind	<u>Entfällt</u>
14 Grundstücke die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	<u>Entfällt</u>
15 Verkehrsflächen	<u>Laut Plan</u>
16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	<u>Laut Straßenprojekt</u>
17 Versorgungsflächen	<u>Laut Plan</u>
18 Führung oberirdischer Versorgungsleitungen und Anlagen	<u>Entfällt</u>
19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	<u>Entfällt</u>
20 Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerblumengärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	<u>Laut Plan</u>
21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen und anderen Bodenschätzen	<u>Entfällt</u>
22 Flächen für Land- und Forstwirtschaft	<u>Entfällt</u>
23 Mit Geh-, Fahr- und Leitungswegen zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	<u>Laut Plan</u>
24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze	<u>Entfällt</u>
25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind.	<u>Entfällt</u>
26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltende Schutzflächen und ihre Nutzung	<u>Entfällt</u>
27 Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern	<u>Laut Plan</u>
28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	<u>Entfällt</u>
<u>Aufnahme von</u>	
<u>Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1964 (ABl. S. 293)</u>	
<u>Laut örtlichen Bauvorschriften</u>	
<u>Aufnahme von</u>	
<u>Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1964 (ABl. S. 293)</u>	
<u>Entfällt</u>	
<u>Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG</u>	
1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind	<u>Infolge Bergbau bzw. tektonischer Störung gesamter Geltungsbereich</u>
2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind	<u>Entfällt</u>
3 Flächen, unter denen der Bergbau umgeht	<u>Gesamter Geltungsbereich</u>
4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	<u>Entfällt</u>
<u>Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG</u>	
<u>Entfällt</u>	

KREIS NEUNKIRCHEN MERCHWEILER BEBAUUNGSPLAN SATZUNG FÜR DAS GELÄNDE „BORRWIESEN“, FLUR 5,6 UND 10

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung vom 18. Juli 1968 beschlossen.


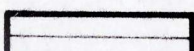
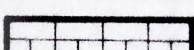
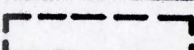
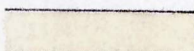
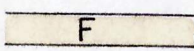
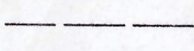


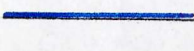
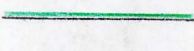
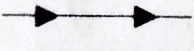
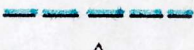
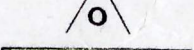

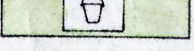
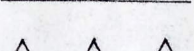
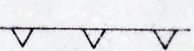
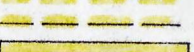

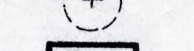
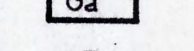
Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Merchweiler durch den Landrat des Kreises Neunkirchen - Kreisplanungsamt - auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme des Kreisvermessungsamtes.

Ottweiler, den 8. Dezember 1976

Im Auftrag:

Schneider
(Schneider)
Bau-Ing. (grad.)

Planzeichenerklärung

Geltungsbereich	
Bestehende Gebäude	
Geplante Gebäude	
Abzubrechende Gebäude	
Geplante Straßen	
Geplante Fußwege	
Bestehende Grundstücksgrenzen	
Geplante Grundstücksgrenzen	
Baulinie	
Baugrenze	
Straßenbegrenzungslinie	
Entwässerung	
Fernwasserleitung	
Offene Bauweise - nur Einzelhäuser zulässig -	
Grünfläche	
Spielplatz	
Flurgrenze	
Von der Bebauung freizuhaltende Schutzflächen	
Mit Leitungsrechten belastete Flächen	
Fläche für Versorgungsanlagen (Trafostation)	
Bäume zu pflanzen	
Garagen	
Geschoßzahl	Z
Grundflächenzahl	GRZ
Geschoßflächenzahl	GFZ

Flurgrenze

Offenlegungsvermerke

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 ausgelegt vom 7. März 1977
bis zum 12. April 1977
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 12. Mai 1977
beschlossen.

Merchweiler, den 24. Mai 1977
Der Bürgermeister



Ries
- Ries -

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den 26. Juli 1977
SAARLAND
Der Minister
für Umwelt, Raumordnung
und Bauwesen
D/6-5949/77
KL/Bc

Der Minister für Umwelt,
Raumordnung und Bauwesen
Im Auftrag:
Bernasko
(Bernasko)
Baudirektor

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am 5. August 1977
ortsüblich bekanntgemacht.

Merchweiler, den 8. August 1977
Der Bürgermeister



Ries
- Ries -

Örtliche Bauvorschriften

(Satzung)

der Gemeinde Merchweiler für das Gelände "Borrwiesen".

Aufgrund des § 113 Abs. 1 der Bauordnung für das Saarland (Landesbauordnung - LBO) in der Fassung vom 27. Dezember 1974 (Abl. 1975 S. 85) in Verbindung mit § 12 des Kommunalselfstverwaltungsgesetzes - KSVG - in der Fassung vom 2. Januar 1975 (Abl. S. 49) werden mit Genehmigung des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen - Oberste Landesbaubehörde - für das unten näher bezeichnete Gebiet folgende örtliche Bauvorschriften erlassen:

§ 1

Örtlicher Geltungsbereich

Als Geltungsbereich dieser Satzung gilt der im Bebauungsplan zeichnerisch dargestellte Geltungsbereich.



Gestaltung der Hauptgebäude

- (1) Grundriß: Es sind nur einfache, rechteckige Grundriße zulässig
- (2) Kellersohle: Es ist eine durchgehende ebene Kellersohle auszuführen.
- (3) Geschöbshöhen: In den Wohngeschossen max. 2,90 m.
- (4) Dachform: Flachdach, Satteldach, abgesetztes Dach oder Walmdach
- (5) Dachneigung: Min. 3 °, Max. 25 °
- (6) Kniestock: Kniestücke sind nicht zulässig.
- (7) Dachaufbauten: Dachaufbauten sind nicht zulässig.
- (8) Dacheindeckung:
 - a) Flachdachausbildung
 - b) Bei den übrigen Dachformen werden für die Dacheindeckung nur dunkelgraue oder rostbraune Asbestzementplatten, engobierte Dachziegel oder ähnliches zugelassen.

§ 3

Gestaltung der Anbauten

- (1) Anbauten an Gebäude mit Flachdächern müssen ebenfalls mit einem Flachdach ausgeführt werden.
- (2) Anbauten an Gebäude mit Satteldach, abgesetztem Dach oder Walmdach müssen in der gleichen Neigung abgeschleppt und mit dem gleichen Material abgedeckt werden wie die Hauptgebäude.

§ 4

Gestaltung der Garagen

- (1) Dachform: Flachdach oder Pultdach.
Wenn Garagen in den Hauptbaukörper einbezogen werden, gilt § 3 dieser Satzung.
- (2) Dachneigung: Flach, flachgeneigt bis 6 ° oder wie Hauptgebäude.
- (3) Dacheindeckung: Flachdachausbildung, Wellasbestzement in den Farben dunkelgrau oder rostbraun oder Material wie Hauptgebäude.
- (4) Traufhöhe: Max. 2,80 m.
- (5) Sollen Garagen unmittelbar am Hauptbaukörper errichtet werden, so sind sie durch eine Trennfuge vom Hauptbaukörper zu trennen.
- (6) Werden Garagen an der gemeinsamen Grenze errichtet, so sind sie in gleicher Flucht, Dachneigung und Dacheindeckung auszuführen.
- (7) Die Garagen können im Hauptgebäude untergebracht werden, sofern die Bestimmungen des § 3 der Garagenverordnung (GarVO) vom 1. August 1972 (Amtsblatt Nr. 27 S. 451 vom 30. August 1972) eingehalten werden.

§ 5

Gestaltung der sonstigen Nebengebäude

- (1) Nebengebäude dürfen nur in Verbindung mit den Garagen errichtet werden.
- (2) Gestaltung bezüglich Dachform, Dachneigung, Dacheindeckung und Traufhöhe wie § 4.

§ 6

Gestaltung der Einfriedigungen

- (1) Als Einfriedigung des Grundstückes zur Straßenabgrenzung, sowie entlang der seitlichen Grenzen im Vorgartenbereich sind folgende Einfriedigungen zugelassen:
 - a) Einfassung aus senkrecht gestellten Platten, die die Oberkante des Bürgersteiges bzw. Erdreiches bis 0,10 m überragen dürfen.
 - b) Eine Hecke oder Holzspriegelzaun bis zu 0,80 m Höhe.
 - c) Einfassung wie unter a) zusammen mit einer Hecke oder Holzspriegelzaun wie unter b)
- (2) Wenn geländebedingt Stützmauern notwendig werden, sind diese in Sichtbeton, Klinker- Verblendstein - oder Natursteinmauerwerk mit einer max. Höhe von 0,80 m im Straßenlängsgefälle, in der Höhe gleichbleibend ohne Absätze, auszuführen. Mehrhöhen des Geländes sind abzuböschten.
- (3) Für die Einfriedigung des rückwärtigen Grundstückes ist ein Maschen- drahtzaun oder ein Holzspriegelzaun bis max. 1,50 m Höhe zulässig.
- (4) Im Bereich der Straßeneinmündungen sind die Sichtflächen von Pflanzen usw. über 0,80 m Höhe freizuhalten.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig nach § 111 Abs. 1 Nr. 1 LBO handelt, wer bauliche Anlagen im Widerspruch zu den §§ 2 bis 6 dieser örtlichen Bauvorschriften errichtet oder ändert.
- (2) Die Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 20.000,-- DM geahndet werden.

§ 8

Inkrafttreten

Die vorstehenden örtlichen Bauvorschriften (Satzung) treten einen Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Merchweiler, den 26. Okt. 1977

Der Bürgermeister

R i e s